

Bezugspreis:
Für den Monat Januar 1923 M.
nennenswert. Unter Kreuzband
für Deutschland, Dänzig, Saar-
und Reichsgebiet sowie Österreich und
Pommern 2000 M., für das übrige
Ausland 3000 M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark,
England, Irland, Finnland, Frank-
reich, Holland, Lettland, Litauen,
Österreich, Schweden, Schweiz,
Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vormärz“ mit der Sonntags-
beilage „Soll und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Belmont“ und der
Heilige, Gedichte und Anekdoten
erscheint wöchentlich einmal,
Sonntags und Montags einmal.
Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Vormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kerniprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 20. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontos: Berlin 175 36 — Bankkontos: Direktion
der Diskonto-Gesellschaft, Leipzigerstraße 3

Anzeigenpreis:
Die einseitige Werbeanzeige
kostet 400 M. Reklamezeile 2000 M.
„Kleine Anzeigen“ des festgedruckten
Wort 150 M. (zählend zwei fest-
gedruckte Worte), jedes weitere Wort
90 M. Stellungsgebühr des ersten Wort
100 M., jedes weitere Wort 70 M.
Worte über 15 Buchstaben zahlen
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Zeile 100 M.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Sonntagsblatt, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gebühret
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Bergarbeiter gegen Säbelherrschaft.

Dochum, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Gesamt-
betriebsrat der staatlichen Gruben hat aus Anlaß der Beschlagnahme
einiger staatlicher Bergwerke heute nachmittags 4 Uhr eine Sitzung
abgehalten, in der beschlossen wurde, eine Kommission, die aus vier
Arbeitern und einem Angestellten besteht, am Sonnabend zu
General Degousse zu entsenden. Die Kommission soll den in einer
Entschlüsselung niedergelegten Protest gegen den französisch-belgischen
Gewaltakt zur Kenntnis bringen und die sofortige Freilassung
der verhafteten Beamten und Angestellten, die Ent-
fernung der Truppen von den Zechen und die Auf-
hebung der Beschlagnahme fordern. Die Entschlüsselung
soll in sehr scharfer Tone gehalten sein. Der Gesamtbetriebsrat
behält sich alle weiteren Schritte für den Fall der Ablehnung der For-
derungen vor. — Auf Grube „Bergmannsgrub“ ist die Kohlen-
expedition besteht, der Expedient abgehört worden. Der verhaftete
Kohlenexpedit auf „Westerholz“ hat die Erlaubnis erhalten, um
6 Uhr abends nach Hause zu gehen, muß sich aber zur Verfügung der
Besatzungstruppen halten. — In der Gegend von Duer sind neue
Truppen, Infanterie, Kavallerie und Artillerie, darunter eine Ab-
teilung mit acht Handkähnen, eingetroffen. Bei Herne wurde
ein Kohlenzug mit 49 Wagen angehalten.

Auf verschiedenen staatlichen Zechen wird zum Protest gegen die
Verhaftungen gestreift.

Reddinghausen, 19. Januar. (Aöln. Jtg.) Auf die
Weigerung der Leiter und Arbeiter der Zechen der Bergwerksinspek-
tion 3 in Duer, Koks nach Frankreich zu schicken, haben die Fran-
zosen verboten, den Koks anderswohin zu schicken oder ihn
auf die Halden zu stürzen. Auf die Frage, was dann geschehen
soll, wenn der Koks nicht gelagert werden dürfte, haben die Fran-
zosen erwidert, man solle den Koks in die Dofen schütten, wenn
auch die Koksöfen zum Teufel gingen.

Für morgen ist die Ankunft Jochs im Ruhrgebiet an-
gekündigt. (Offenbar zur weiteren Befestigung der Friedlichkeit der
Aktion! Red.)

Eisenbahner und Besatzungstruppen.

Essen, 19. Januar. (TU.) Nach dem heutigen Verbot der
Reichsregierung an die Ruhrreisenden, Kohlenzüge auf fran-
zösische Anordnung linksrheinisch weiterzuleiten, scheint sich
jetzt ein erster Konflikt zwischen den Eisenbahnern und Be-
satzungsbehörden vorzubereiten. Die Franzosen sind bemüht, den
Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Deutschland mit allen
Mitteln zu unterbinden und scheuen zur Erreichung dieses Zieles
nicht danor zurück, Postsendungen an Reichsbahndienststellen und
Ortsgruppen der Eisenbahngewerkschaften zu öffnen. Die durch-
einandergelassenen und völlig befehllosen Anordnungen der Be-
satzungsbehörden hinsichtlich der Leitung von Transport- und
Kohlenzügen sind geeignet, den Verkehr erheblich zu stören und zu
einem heillosen Durcheinander zu führen. Die Franzosen lassen
durch Agenten die deutschen Eisenbahner vor einer Ausführung des
Befehls der Reichsregierung warnen, indem sie angeben, die deut-
schen Lokomotivführer würden bei einer Weigerung durch französische
Militäreisenbahner zur Weiterführung des Dienstes gezwungen
werden. Aus dem besetzten Gebiet sind französische Beamte herbeigeführt
worden, die mit deutschen Stellwerks- und Signaleinrich-
tungen vertraut sind und vermutlich mit der Weiterführung des
Dienstes beauftragt werden sollen. Die Stimmung unter den deut-
schen Ruhrreisenden ist jedoch so, daß Zwangsmassnahmen der
Franzosen ihre Wirkung auf jeden Fall verfehlen werden.

Zum Verbot für die Eisenbahner.

Das bereits bekanntgegebene Verbot des Reichsverkehrsministers
an die Eisenbahner, Koks nach Frankreich und Belgien zu befördern,
sagt zum Schluß: Die Reichsregierung wird das Eisenbahnpersonal
für die hieraus erwachsenden Nachteile schadlos halten. — Bei allen
nicht vermeintlichen Berührungen mit der französisch-belgischen
Besatzung im Ruhrgebiet haben die Eisenbahnbeamten und Arbeiter
sich ausschließlich der deutschen Sprache zu bedienen.

Abwehr des Rechtsbruches.

Partei und Gewerkschaften einig!

Der Sozialdemokratische Parteivorstand hatte zu
gestern vormittag die Fraktionsvorstände des Reichs-
tages und des Preussischen Landtages zu einer Konferenz ein-
geladen, an der auf Wunsch des Parteivorstandes auch Ver-
treter des ADGB und des AFD-Bundes teilnahmen. In
der Konferenz ergab sich eine vollständige Überein-
stimmung darüber, daß die gegenwärtige gefährdende
Situation ein geschlossenes Zusammengehen der
gesamten Arbeiterbewegung erfordert, und daß es die Auf-
gabe der Arbeiterbewegung sei, alles zu tun, um die
Abwehr des gewalttätigen französisch-bel-
gischen Einmarsches ins Ruhrrevier durch zweckdien-
liche Maßnahmen zu unterstützen und daß alles unter-
bleiben müsse, was geeignet sei, die Abwehr zu stören
und die Pläne des französischen Imperialismus zum Erfolg
zu führen. Die politischen und wirtschaftlichen Organisationen
der Arbeiter legen entscheidendes Gewicht darauf, daß die Re-
gierung schon im Vorbereitungsstadium über
alle Maßnahmen die Meinung der Arbeiterver-
treter sowohl aus den zentralen Körperschaften, wie ins-
besondere aus dem Ruhrrevier einholt.

Die Trennungslinie gegen die nationalistischen
Elemente, welche den Rechtsbruch Frankreichs zu einer neuen
allgemeinen Völkerverheerung ausnützen oder zu Unbesonnen-
heiten aufspüren, soll in aller Schärfe gezogen und der Kampf
gegen die politische Reaktion nachdrücklich fortgesetzt werden.

Politik oder Bankraub?

Düsseldorf, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Freiheits-
beraubung, Kassenraub und Straßenraub sind in den letzten 24 Stun-
den die Kennzeichen der „friedlichen“ Aktion Poincarés. Die
Leiter der staatlichen Zechen bei Duer und Gelsenkirchen hat man
unter ungeheurer militärischer Aufwand verhaftet und wie gemeine
Verbrecher in ein Gefängnis nach Düsseldorf abgeführt. Der Er-
folg dieser „wirtschaftlichen“ Maßnahme war die Arbeits-
verweigerung der Bergleute. Wo die Zechendirektoren
der Freiheit beraubt oder auch nur Militär auf die Grubenplätze
gelegt wurde, um „wirtschaftliche Maßnahmen“ durchzuführen, stan-
den bald alle Häder still!

Zu der Freiheitsberaubung kommt der Kassenraub, mit
dem sich die Beauftragten Poincarés im Laufe des Freitags befan-
den beschäftigt haben. In Düsseldorf wurden ohne vorherige An-
weisung die Bestände der Reichsbank beschlagnahmt. Erst fünf
Stunden später wurde dem Direktorium formell Mitteilung von
diesem Raub gemacht und bekanntgegeben, daß die Verfügungsgewalt
über die Gelder jetzt die Franzosen und Belgier haben. Ebenso
wurde in Mainz, Wiesbaden, Worms, Bingen und Bonn verfahren.

Selbst vor dem Raub von Vermögen der Privatbanken ist man nicht
zurückgeschreckt. In Düsseldorf ist ein Automobil der Deutschen Bank,
in dem sich 150 Millionen Mark befanden, von der Besatzung ange-
halten, das Geld und der Wagen beschlagnahmt worden.

Der Vorstand der Reichsbanknebenstelle Oberstein wurde vor-
mittags durch die Franzosen verhaftet und ohne Mantel und
Hut auf der Straße drei Stunden festgehalten. Er ist
durch diese unmenschliche und unwürdige Behandlung erheblich
erkrankt.

Keinen Gehorsam den Rechtsbrechern!

WTB. meldet: Die Reichsregierung und die Landesregierungen
Preußens, Bayerns, Hessens und Oldenburgs haben folgende An-
weisung erlassen: Die Aktion der französisch-belgischen Re-
gierung im Ruhrgebiet stellt eine schwere Verletzung des Völkerrechts
und des Vertrages von Versailles dar. Infolgedessen sind Befehle
und Anordnungen, die in Verfolg dieser Aktion an deutsche Beamte
ergehen, rechtsunwirksam. Es ergeht daher von den Regie-
rungen des Reiches, Preußens, Bayerns, Hessens und Oldenburgs
die Anweisung, Anordnungen der besetzenden Mächte keinerlei
Folge zu geben, sondern sich ausschließlich an die Anweisungen
ihrer eigenen Regierung zu halten. Dies gilt auch für die Beamten
des altbesetzten Gebietes allen Maßnahmen gegenüber, die im
Widerspruch zu den Bestimmungen des Rheinlandabkommens stehen.
Cuno, Braun, von Arnim, Ulrich, Lanhen.

Verdoppelung der Besatzungszulage.

Amlich wird uns mitgeteilt:
Die Reichsregierung ist im Einvernehmen mit den Bundes-
regierungen bestrebt, die durch die letzten vertrags- und völkerrechts-
widrigen Maßnahmen der Franzosen und Belgier verschärfte wirt-
schaftliche Notlage ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter in
den schwer betroffenen Gebieten zu lindern. Sie hat daher mit
sofortiger Wirkung die Besatzungszulage und die Zulage in den
neu besetzten Gebieten verdoppelt.

Der Reichsminister der Finanzen hat an die ihm unterstellten
Behörden im besetzten Gebiet folgende Weisung ergehen lassen: Die
von der Rheinlandkommission angeordnete Beschlagnahme deutscher
Steuern und Zölle und die Eingriffe in die deutsche Finanzverwal-
tung sind rechtswidrig und rechtsungültig. Erwarte von allen Be-
amten, daß sie solchen Anordnungen nicht nachkommen und unbeug-
samen Widerstand entgegensetzen. Wiederholte Zulassung voller
Schadloshaltung. Nachgeordnete Dienststellen sind sofort anzumelden.

Aufhebung des deutsch-französischen Schiedsgerichts.

Paris, 19. Januar. (WTB.) Die deutsche Staatsvertretung bei
dem gemäß Artikel 304 des Versailler Vertrages errich-
teten deutsch-französischen gemischten Schiedsgerichtshof hat
dem Präsidenten mitgeteilt, daß bis auf weiteres die deutschen
Richter und die deutsche Staatsvertretung an den Sitzungen des
Schiedsgerichtshofes nicht mehr teilnehmen werden, da die gegenwärtige
politische Lage ein gedeihliches Zusammenwirken deutscher und fran-
zösischer Organe ausschließt.

Telles autres mesures.

Menschenraub und Straßenraub.

Die französische Aktion im Ruhrgebiet wird von Tag zu
Tag friedlicher. Das geht schon daraus hervor, daß immer
neue Truppentransporte aus der nach dem Versailler Vertrag
rechtmäßig besetzten Zone in die widerrechtlich okkupierten Ge-
biete befördert und dort ausgeladen werden. Deutscherseits
wird die Zahl der französisch-belgischen Kräfte, die unter Bruch
des Friedensvertrages in das westfälische Kohlenrevier ein-
gedrungen sind, bereits auf 100 000 Mann geschätzt. Aber
selbst wenn es bis heute nur 2000 wären, so würde dies an
dem rechtswidrigen Charakter dieser Invasion nicht das ge-
ringste ändern. Man hat im Juli 1914 dem kaiserlichen
Deutschland mit Recht einen Bruch des Völkerrechtes vorge-
worfen, als es unter Verletzung des Neutralitätsvertrages von
1839 in Belgien einbrach. Seit diesem Tage war der
Krieg moralisch für Deutschland verloren, und mochte er
durch irgendein Wunder militärisch noch so siegreich ausgehen.
Das Weltgewissen erhob sich fast einmütig gegen diesen Lieber-
fall und ließ die zahlreichen mehr oder minder plumpen Ar-
gumente, mit denen der Große Generalstab und die Wilhelm-
straße diese Gewalttat nachträglich zu rechtfertigen ver-
suchten, nicht gelten. Und doch hat es etwas gegeben, das diesen
Fleck auf Deutschlands Ehre etwas gemildert hat: das war das
Geständnis, das Bethmann-Hollweg am 4. August 1914
vor dem Reichstag und vor der Welt von dem Unrecht ablegte,
das seine Regierung am belgischen Volke beging. Gerade das
aber ist es gewesen, was unsere Militaristen dem damaligen
Reichskanzler niemals verziehen haben.

Die Invasion des Ruhrgebietes steht rechtlich auf der gleichen
niedrigen Stufe wie die Invasion Belgiens, moralisch steht
sie noch niedriger, weil Herr Poincarés nicht nur leug-
net, daß es ein Unrecht ist, sondern weil er sogar befreitet,
daß es eine militärische Operation ist. In seiner Antwort auf
die deutsche Protestnote hat er seine dummdreiste Behauptung
wiederholt, daß es sich lediglich um eine wirtschaftliche Sank-
tion handelt. Inzwischen dürfte die Zahl der französischen
Generäle und Obersten, die im Ruhrgebiet die Befehlsgewalt
ausüben, die Zahl der Ingenieure übersteigen, die dort „kon-
trollieren“ oder vielmehr kontrollieren sollen und möchten.

Uebrigens ist der verzweifelte Versuch Poincarés, den
rein „wirtschaftlichen“ Charakter seines Unternehmens zu be-
teuern, nur ein deutlicher Beweis seines Schuldbewußtseins.
Bekanntlich steht die Reichsregierung — und wir stehen
ihre in dieser Rechtsauffassung rüchlos bei — auf dem Standpunkt,
daß der Einmarsch in das Ruhr-
revier aus dreierlei Gründen einen Rechtsbruch darstellt:
einmal, weil Deutschland kraft eines Sonderabkommens über
Sachlieferungen vom 21. März 1922 berechtigt war, im Falle
von Verletzungen die Vertragspartner mit Barzahlungen zu
befriedigen; zweitens, weil nach § 18 der Anlage II zum
VIII. Teil des Versailler Vertrages keine einzelne Macht,
sondern nur die Gesamtheit der Entente zu Zwangs-
maßnahmen befugt ist, und drittens, weil nach demselben § 18
als Zwangsmaßnahmen nur solche finanzieller und wirtschaft-
licher Art in Frage kommen, aber keine räumliche Er-
weiterung der Besatzungszone. Poincaré reitet aber auf
das zweideutige Wort „telles autres mesures“ herum, von
dem er behauptet, es heiße „jede Art anderer Maßnahmen“,
während der gesunde Menschenverstand ebenso wie die Grund-
elemente der primitivsten Moral jedem normalen Gehirn sagen
müßten, daß nur „andere Maßnahmen ähnlicher Art“,
d. h. solche, die auf finanziell-wirtschaftlichem Gebiete liegen,
damit gemeint waren.

Wenn nun Herr Poincaré von der Rechtmäßigkeit seiner
winkelanwärtlichen Interpretation selbst überzeugt wäre, dann
brauchte er doch gar nicht in seinen kampfhaften Anstrengun-
gen fortzufahren, den militärischen Charakter seines Aben-
teuers zu leugnen. Damit wirkt er ja auf alle Welt nur noch
lächerlicher und noch widerlicher. Es würde dann genügen,
wenn er sagte: „Kraft des einen Wortes telles, das ich aus
den 440 Artikeln dieses 228 Seiten starken Friedensbuches
herausreißte und so auslegte, wie es mir paßt, habe ich die
militärische Okkupationszone auf das Ruhrgebiet ausgedehnt,
und basta!“ Indem er dagegen der Welt noch immer einreden
will, daß seine 80 000 oder 100 000 Soldaten keine Militärs
sind, gibt er indirekt zu, daß er zu einem militärischen Ein-
marsch gar nicht berechtigt war.

Aber siehe da! Im gleichen Atemzuge, wo er dieses mittel-
bare Geständnis ablegt, hat er schon damit begonnen, das
Wort telles in seinen haarsträubendsten Konsequenzen prak-
tisch auszuliegen und zu verwenden. „Jede Art anderer
Maßnahmen“? Das heißt also Blankovollmacht für
ihn, mit deutschen Menschen und Gütern alles anzufangen,
was ihm durch den Kopf geht. Mit Befehlen hat man be-
gonnen, mit Vorladungen vor Kriegsgerichte wurde fortgesetzt,
jetzt werden deutsche Bergwerk- und Finanzbeamte
verhaftet und, unbekannt wohin, abgeführt. Das gilt für
die Personen. Und was die Güter anbetrifft, so wird nach
den gleichen Grundsätzen mit ihnen verfahren: zunächst Be-

Abnahme von Reichs- und Staatseigentum, jetzt schon von Privateigentum. Reichsbanddepots werden konfisziert — wie erinnerlich, war es gerade Frankreich, das darauf bestand und es durchsetzte, daß die Reichsbank durch Gesandtschaften autonomisiert, d. h. zu einem unabhängigen Privateigentum wurde — ja, jetzt ist man sogar dazu geschritten, Autos einer Privatbank die Geld transportierten, mit samt ihrem Inhalt zu konfiszieren!

Werden diese Gewaltmaßnahmen etwa auch damit begründet, daß Frankreich zu „jeder Art anderer Maßnahmen“ berechtigt sei. Dann soll die Welt wissen, daß das eine Wort alles den einzelnen Alliierten gestattet, nicht nur in friedlichen, wehrlosen deutschen Gebiet militärisch einzudringen, sondern dort auch Menschenraub und Raubplünderungen vorzunehmen. Ja, warum dann auf halbem Wege halt machen? Warum nicht alles in Klumpen schießen? Warum nicht die gesamte männliche Bevölkerung in Waggons nach Marseille und von dort nach der Sahara befördern?

Wir sagen dies nicht, um aufrührerische Wirkungen zu erzielen. Wir sind überzeugt, daß kein Franzose, außer vielleicht der ehrenwerte Herr Deudet, an solche Maßnahmen denkt. Wir sind durchaus entschlossen, den Nationalismus zu bekämpfen.

Wir sagen dies nur, um die Rechtskonstruktion der französischen Gewaltpolitik ad absurdum zu führen. Wenn „jede Art von Maßnahmen“ gestattet ist, ohne daß dies von Deutschland als Kriegshandlungen aufgefaßt werden darf, wo gibt es da eine Grenze, wo einen Halt? Es ist schlimmstes Mittelalter, dem Tür und Tor geöffnet sein würden, wenn die französische Rechtsauffassung zulässig wäre. Und dies alles nur durch dieses einzige magische Wort, das nicht nur den ganzen Sinn des Friedensvertrages, aus dem es herausgerissen wird, sondern überhaupt alle Grundzüge des internationalen und menschlichen Rechts über den Haufen wirft und stößt.

Was das die Ablicht der Staatsmänner und der Nationen, die den Frieden mit Deutschland geschlossen haben? Man müßte es tatsächlich meinen, wenn die übrigen Regierungen und Völker Europas und Amerikas fernerhin der weiteren Entwicklung des französischen Gewaltwahns untätig beimohnen; wenn dieselben Gehirne und Gewissen, die sich mit Recht gegen die Vergewaltigung und Mißhandlung Belgiens durch das militärische Deutschland Ludendorffs im Kriege empört haben, als läßliche, gleichgültige Beobachter der Vergewaltigung und Mißhandlung des republikanischen Deutschland durch das militärische Frankreich Poincarés zu sehen würden, im viernten Jahre des Friedens!

Verstärkte Wucherbekämpfung.

WZB, meldet: Durch den völlerrechtswidrigen Einbruch eines französisch-belgischen Heeres in das Kerngebiet der deutschen Wirtschaft ist die ohnedies schon so stark entwertete deutsche Mark auf einen Bruchteil ihrer bisherigen Geltung herabgeworfen. In unannehmbarem Zusammenhange damit zeigen sich alle Preissteigerungen von außerordentlicher Höhe auf allen Warengebieten. Für die Bevölkerung, von der nur ein verschwindend kleiner Teil in der Lage war, sich mit Borräten zu versehen, bedeutet diese Preissteigerung eine unerträgliche Belastung. Welchen Kreisen nimmt sie die Möglichkeit, sich weiterhin auch nur mit den dringlichsten Lebensbedürfnissen zu versorgen. Zugleich aber birgt, wie die Erfahrungen lehren, die augenblickliche Lage die Gefahr in sich, daß die eingetretenen schweren Störungen des Wirtschaftslebens von einzelnen Elementen wucherisch zu eigenem Vorteil ausgebeutet werden. Soweit dies geschieht, ist es eine der dringlichsten Aufgaben der Behörden, die bestehenden Machtmittel gegen Wucher, Schiebertum und Warenzurückhaltung rückstandslos anzuwenden.

Die Mittel, die das Gesetz hierzu an die Hand gibt, sind schon bei ähnlichen früheren Gelagen bis zur äußersten Grenze vergrößert worden. Zuchthaus, Geldstrafen in unbeschänkter Höhe,

Der Mann in der Toilette.

Von Joseph Roth.

Der Mann in der „hygienischen“ Toilette ist uralt und graubärtig. Moos wächst in seinen Ohrenschalen und in seinem Bart könnte ein Schwabenpaar nisten und Junge bekommen und einen ansehnlichen Hausstand gründen...

Die Toilette befindet sich „eine halbe Treppe tiefer“, hinter der Garderobe und dem Büfett mit der blonden Barde aus Blut und Wachs. Die Klänge des Jazzbands müssen sich durch die gutgeputzten Herrenpelze zwängen, ehe sie die Treppe hinunterrollen können. Unten kommen sie dünn und ein bisschen remponiert an und bergen sich in den moosigen Ohren des uralten Mannes.

Die Wände der Toilette sind weißlackiert und ewig bereist mit Wasser und Hygiene. Plink, plink tropft es aus der Wasserleitung. Der alte Mann wagt über einem pseudomarmornen Waschbecken und reinigt er mit einem großen gelben Schwamm. Er hat die sorgsamsten Bewegungen eines Krankenschwägers, er ist folgerichtig ein Toilette-Pfleger.

Zahnhölzchen und Seifenwürfel schichtet er zu Pyramiden; Kratzenknöpfe und Gummiknetel, die ihm „in Kommission gegeben“, hütet er wie Augäpfel; Nagelfellen und Nagelrasiermesser hängen, mit umgeschlachten Gummibändern, auf bläulichem Karton; Handtücher in Quorsformat glättet er auf einem Stuhl und reibt sie mit weicherer Gebärde — ein Priester der Keuschheit — dem Gott, der die achilles schwarze macht und zerrüttet.

Der Mann in der Toilette hat einen gebogenen Rücken und zitternde Knie. Die Wände aber, die ihn beschauen, sind lannenschlan, mit einer Taille begabt und mit wackelnden Schultern. Sie tragen den modernen Rock auf einem Knopf in der Mitte — und ein seidenes Spitzentuch lugt aus schief geschlitzter Tasche mit einem Zipfel in die Welt. Sie schreiten aus elastischen Halbstiefeln aus Chevreau durchs Leben und erfreuen sich einer guten Verdauung. Sie besitzen Ringe und blinkende Strawattarmbänder, und ihre Karriere wie ihre Ältler haben eine steigende Tendenz. Mit eleganter Gebärde können sie sich den Schreitel glatt, polieren mit Bildleder ihre Nägel blank und lassen sich in heroischer Positur den Rock büfsten. Der alte Mann streicht mit behutsamer Bürste an den Jünglingen herum, wie man Staub wischt von kostbar Porzellan. Sie sehen einen Chevreauzipfel, und der Alte gleitet mit liebendem Staubfegen darüber. Dann entfernen sich die Jünglinge mit wippenden Hüften, den Rhythmus des kommenden Tanzes schon im prophetischen Blut. Einghaft strahlend, aufgefrischte Salonlöwen, strigen sie aus der Tiefe empor zu Schminke und Brillen.

Der alte Mann bleibt unten, eine halbe Treppe tiefer als die anderen, im Reich des Wassers, des Linterlebens und der Maniküre. Er hat Bürsten ohne Zahl, aber er büfsten andere. Er hat glänzende Nagelfellen, Seifen und Handbüfsten, aber seine Hände sind rau, runzlig, und die Nägel matt und ohne die elegant geschliffene

Chroverlack, Polzeisenschicht, Unterfassung des Handelskriebs, Einziehung der Waren und des wucherischen Gewinns sowie Brandmarkung des Lärers durch Artikelveröffentlichung sind vorgesehen. Auch die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs fällt unter diese Strafbestimmungen.

Anabhängig vom Strafverfahren können Waren, die zurückgehalten werden, enteignet und der Allgemeinheit zugeführt werden. Anzuverlässige Personen können vom Handel ausgeschlossen werden.

Die Reichsregierung ist, wie sie durch Wolffs Bureau mitteilen läßt, mit den Landesregierungen in dem Willen einig, jede wucherische Ausbeutung der gegenwärtigen Notlage von dem Volk mit aller Kraft abzuwehren.

Die Getreideumlage.

Keine Erhöhung für das vierte Sechstel.

Im Reichsernährungsministerium befaßte sich eine Sitzung des 20er-Ausschusses mit der Festsetzung der Preise für das vom 1. bis 31. Januar 1923 abzuleifernde Umlagegetreide, für das vierte Sechstel der Ablieferungspflicht. Entsprechend den Gepflogenheiten bei früheren Beratungen hätte unter Zugrundelegung der Markterwartung eine erhebliche Erhöhung des jetzt geltenden Umlagepreises, je Tonne Roggen 165 000 M., erfolgen können. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärten, daß sie unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse nicht in der Lage seien, zurzeit irgendeiner Erhöhung des Umlagepreises für das vierte Sechstel zuzustimmen zu können. Diesem Standpunkt schlossen sich auch Vertreter der Verbrauchertreife und der Vertreter der thüringischen Regierung an. Die Vertreter der Landwirtschaft wiesen darauf hin, daß sie auch Rücksicht nehmen wollten auf die Not der Zeit, jedoch aus wirtschaftlichen Gründen sei trotz alledem eine Erhöhung des Umlagepreises erforderlich, auch im Hinblick auf die Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion. Nachdem das Für und Wider von den Interessenten erörtert war, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die Preisfestsetzung für das Umlagegetreide für das vierte Sechstel der Ablieferungspflicht zu verlagen und einzuweisen den für das dritte Sechstel geltenden Preis bei den Ablieferungen des vierten Sechstels zu vergüten.

Dieser Beschluß wird die Grundlage für die Beratungen im Ratibinet bilden. Es muß anerkannt werden, daß die Vertreter der Landwirtschaft die Vorlegungen der Vertreter der Sozialdemokratie und der Verbrauchertreife gewürdigt haben. Damit ist wenigstens für einige Zeit vermieden, daß durch eine Erhöhung des Umlagegetreides eine Verteuerung des Brotpreises eintritt. Wie schon wiederholt betont, muß bei der Preisgestaltung aber auch beachtet werden, daß der Preis für das einzuführende Auslandsgetreide von einschneidender Bedeutung ist.

Kundgebungen der Unternehmerverbände.

Der Reichslandbund veröffentlicht eine Kundgebung, in der er angesichts der verschärften Lage seine Mitglieder auffordert, alle irgend im eigenen Betrieb entbehrlichen Nahrungsmittel, insbesondere Brotgetreide zur Sicherung der Brotversorgung zur Verfügung zu stellen. Weiter mahnt er zur Sammlung von Lebensmitteln für unsere Volksgenossen im neubefreiten Gebiet, um denen zu helfen, die für das gesamte Volk leiden.

Die Versicherung der Opferbereitschaft der Landwirtschaft ist zu begrüßen, nur ist zu wünschen, daß sie auch im Lande draußen Widerhall findet. Wir stehen in der Tat vor einer wachsenden Ernährungsnot, der man nicht mit Zukunftsprogrammen zu Leibe gehen kann, sondern die man nur durch Bekehrung der Ablieferung von Brotgetreide mildern kann.

Auf einen anderen Ton war die Erklärung gestimmt, die Kommerzienrat Dr. Neusch im Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller abgab. Herr Neusch konnte sich nicht er-

iparen, den früheren Regierungen Vorwürfe zu machen, weil sie angeblich „auf Kommando des Feindbundes die Waffen des deutschen Volkes selbst zertrümmert“ haben. Er vergaß in der Erklärung zu erwähnen, daß Hindenburg und Ludendorff den Befehl zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes gegeben haben. Man kann auch in der Erklärung des Herrn Neusch mit Befriedigung feststellen, daß er sich für die Abwehr der machtpolitischen Bestrebungen Frankreichs aussprach. Zurückzuweisen aber ist die nationalistische Geste, mit der er das tat, und die weder auf die Arbeiterschaft noch auf das Ausland einen guten Eindruck machen wird.

Freiheit den Banken!

Ein verhängnisvoller Beschluß.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit der Frage des Bankgeheimnisses. Ein von der Regierung vorgelegter „Gesetzentwurf über die Veranschlagung der Geldverwertung in den Steuerbezirken“ will die Verpflichtung der Kreditinstitute zur Anlage von Kundenverzeichnissen beseitigen. Dadurch hofft man das Vertrauen in die Banken zu fördern und anderweitig gehobenes Geld wieder den Banken zuzuleiten. Die Mehrheit des Ausschusses, darunter auch der Arbeitervertreter der Banken, machte sich diese Auffassung zu eigen, während ein von der Reichsregierung ernanntes Mitglied geltend machte, daß die Aufhebung der Kundenverzeichnisse zusammen mit der des Depotzwanges die Kontrolle des mobilen Kapitals für Steuerzwecke tatsächlich unmöglich mache. Die Streichung der Kundenverzeichnisse wurde mit 21 gegen 3 Stimmen gebilligt. Mit 15 gegen 14 Stimmen wurde auch ein weitergehender Antrag angenommen, wonach die Banken von der in der Reichsabgabeneordnung vorgesehenen allgemeinen Auskunftspflicht erlassen sein sollen und die Auskunftspflicht lediglich auf die Fälle von Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung beschränkt sein soll. Genosse Hilferding wies darauf hin, daß die Kreditnot, die man damit beheben will, nicht eine Folge der Auskunftspflicht, sondern durch das Fehlen der Möglichkeit einer wertbeständigen Kapitalanlage verursacht sei. Mit 19 gegen 7 Stimmen entschied sich der Ausschuss schließlich auch für die völlige Aufhebung des Depotzwanges für Wertpapiere, obwohl Genosse Hilferding betonte, daß dadurch die für später in Aussicht genommene und von allen Seiten als notwendig anerkannte allgemeine Einführung einer Besteuerung an der Quelle sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht würde.

„Verräter — Verräter“.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Schnetter weist in der „Roten Fahne“ die Behauptung, er habe sich zur Polizei begeben, um dort Läter und Latumstände zu verraten, als eine „gemeine Verleumdung“ zurück. Demgegenüber wiederholt die „Leipziger Volkszeitung“ auf Grund der Darstellung des kommunistischen „Klassenkampf“ ihre Behauptung. Auch Schnetters Entgegnung in der „Roten Fahne“ ist sehr vorsichtig abgefaßt und wohl nur zu verstehen im Zusammenhang mit folgenden Worten seines haller Parteiblattes:

„Genosse Schnetter ist nicht hingegangen, um etwa Herrn Dubiel und die andern Leuchten der „Nachrichtenabteilung“ zu schützen, sondern um die Arbeiter und Jugendlichen zu schützen, die von den Propagandisten, wie in der Märzaktion zu Sprengungen benutzt werden, und die die Sipo holen, um die Arbeiter ins Zuchthaus zu bringen.“

Die Situation sei gegenwärtig ähnlich wie im März 1921. Damals — man höre und staune — sei das mitteldeutsche Proletariat ebenfalls provoziert worden. Das Blatt vergißt nur anzugeben, daß damals in Halle die Provoktion durch Hugo Eberlein erfolgte, der die Anregung zu Sprengungen gab.

Am übrigen bestätigt Schnetter, daß er die Polizei informierte, um weitere Sprengungen zu vermeiden. Vielleicht sind ihm doch wohl selber Bedenken gekommen, ob er nicht in der Lage gewesen wäre, solche Sprengungen auch ohne eine Denunziation zu verhindern, wenn er über ihre Einzelheiten informiert war.

Kralle des modernen Lebemanns. Er hat Wasser, Seife, Raschewände, Kabinen, Hygiene für andere. Er hat alles „in Kommission“...

Was in der Welt vorgeht, erfährt er spät — wenn die Zeitung ihre Aktualität verliert und in jenen Zustand übergeht, in dem ihr nur mehr der Weg alles Irdischen übrig bleibt. Der alte Mann in der Toilette weiß immer die allbaldigen Neuigkeiten. Eine halbe Treppe hinter dem Lauf der Zeit bleibt er. Er kennt den jeweils gestrigen Dollartkurs und er wundert sich nur, daß die Trintgeßer der einfüßigen Herren nicht steigen.

Es ist eine große Einsamkeit um ihn. Aus der Achterwelt — eine halbe Treppe höher — erreicht ihn ein Klängehen, und nur dank der gedürsteten Herren, die ihm ein natürliches Bedürfnis aufweist, ahmt er die Gültigkeit der oberen Schicht. Sein Ohr zählt die stehenden Tropfen der Wasserleitung, die beharrlich Sekunden totschlagen. An ihnen wagt er die verrinnende Zeit. Einmal, nach dem zehnlaufendmilliwinsten Wassertropfen, wird er einschlafen und noch einmal begraben werden. Gute anderthalb Treppen tiefer wird er liegen, und die Herren mit einem Knopf werden auch einmal hehkommen, und er wird sie nicht einmal zu büfsten brauchen...

Theater in der Kommandantenstraße: Stefan Zweig „Dedende eines Lebens“. Bericht wird eigentlich nur von der Legende einer Lebensart. Der Dichter Franz, ein Genie, das einen begabten Sohn in die Welt setzte, hinterließ auch den Biographen, der schon oder Hände über das persönliche und geistige Dasein des Meisters sammeltgetragen hat. Als noch eine Weltberühmtheit, bei deren Vorträgen sich auch die fürstliche Höflichkeit einfinden pflegte. Natürlich wußte die stammende Nachwelt nichts davon, daß dieses Genie bei Lebzeiten einer hingebenden Frau untreu wurde, um sich bei einer geliebenden Frau Arbeitsunabhängigkeit zu erwerben. Der Sohn, der es zu spät erfährt, wird dadurch beinahe dem Andenken seines Vaters untreu. Er stellt sich zu der verlassenen Frau, er stellt sich auch zu dem kleinen Bürgermädchen, dem er nicht das Wort brechen will, wie es einstmal sein Vater getan hat. Er will sich ganz auf seinen eigenen Pflichten stellen und als Künstler vorwärts den Namen seines Vaters ablegen. Dann treffen die beiden Frauen des seligen Dichters zusammen. Sie sollten sich eigentlich hassen, aber es ist ein freundlicher Zug des Dramatikers, daß er sie zur Veröhnung gelangen läßt.

Zweig wählert die Worte und die Ereignisse. Es geht sehr müde, sehr müde, aber auch sehr schleppend in den drei Akten des Kammerstücks zu. Die Lebensdinge werden nicht getroffen, sie werden nur leise befragt. Es ist das Ganze ein Werklein, das ein Schriftsteller, zufrieden mit seiner Natur und ausschauend in Ferne, was nur für ihn Wichtigkeit hat, was aber kaum den begleitenden Kunstfreund mitreißt, am friedlich umgirkelten Arbeitstisch vollbracht hat.

Das Kammerstück wurde mit mancher Feinheit gegeben. Besonders Herr Clemens Schubert sprach mit Disziplin die Rolle des sehr beredten jungen Dichters, der gern in seine eigene Welt hinüberflattern möchte. R. H.

Die deutschen Schauspieler gegen die französischen Stücke. Von der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger erhalten wir folgende Zuschrift: „In diesen Tagen der vaterländischen Not erheben die deutschen Schauspieler, die sich ihrer besonderen Bürger- und Kulturtrügerschaft bewußt sind, Einspruch gegen die Ueberwucherung des deutschen Theaters mit leichtfertigen, unzüchtigen und künstlerisch wertlosen Stücken. Nach dem bewaffneten Einmarsch der Franzosen in wehrloses deutsches Gebiet können die wichtigsten Mitarbeiter beim deutschen Theater, die deutschen Schauspieler, nicht länger verantworten, daß das Ueberangebot französisch importierter Theaterstücke die künstlerisch wertvolle deutsche Produktion überwuchert und zurückdrängt. Die aus ganz Deutschland nach Berlin berufenen Bezirksobmänner der Bühnengenossenschaft, Präsidium und Verwaltungsrat erwarten daher, daß die deutschen Theaterdirektoren mit dieser Bewusstseinsnot rechnen und ihrem Spielplan dementsprechend für die Zukunft eine andere Richtung geben werden. Die Bühnengenossenschaft weiß sich als gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmerbund mit den Kameraden in der ganzen Welt darin einig, daß sie sich mit diesem Beschlusse nicht gegen den Geist der internationalen Kultursolidarität verstoßen. Sollten durch das Verschwinden französischer moderner Literatur vom deutschen Theater auch solche Dramatiker getroffen werden, deren Geist zur Veröhnung und Verbrüderung der Nationen neigt, so werden gerade diese Männer der internationalen Moral gern mit erleben, was das deutsche Volk in diesen Tagen durchzumachen hat. Die Genossenschaftsleitung wird sofort mit den Organisationen der Schriftsteller, Komponisten und Verleger die weiteren erforderlichen Maßnahmen einleiten. Sie fordert den Deutschen Bühnenverein auf, sich dieser Aktion anzuschließen.“

Wir geben diese Zuschrift als ein Dokument der gegenwärtig in Schauspielerkreisen herrschenden Stimmung wieder, wollen aber nicht verschweigen, daß sie uns über das Ziel hinauszugehen scheint. Die traditionelle Bevorzugung französischer Schundliteratur durch die deutschen Theaterleiter ist stets zu verwerfen und mag in diesen Tagen als besonders widerwärtig empfunden werden. Wir würden nichts dagegen haben, wenn der Einbruch französischer Heere in friedliches deutsches Gebiet die wohlthätige Folge hätte, daß der französische Plunder von den deutschen Bühnen verschwindet — vorausgesetzt, daß er nicht durch deutschen Plunder ersetzt wird. Ernsthaft, literarisch wertvolle Dramen sollten aber dem deutschen Theater willkommen sein, auch wenn sie aus Frankreich stammen. Unser neues Deutschland darf nicht in die bilderstürmerische Toiwut des Unheiljahres 1914 zurückfallen, wo man den „friedlichen“ Ausländer Shakespeare von der deutschen Szene verjagen wollte.

Veranstaltungen der Arbeitervereine des hiesigen Arbeitstisch (Abt. Berufsberatung) Charlottenburg, im Märkischen Saal des Rathauses, Berliner Str. 72-73, in der Zeit vom 22. Januar bis 1. März 1923. Der Eintritt ist frei. Nähere Auskunft erteilt das hiesige Arbeitstisch, Abt. Berufsberatung, Charlottenburg, Bismarckstr. 50.

Eine Sitzung bei der Akademie der Wissenschaften. Professor Dr. Bernhard Bäcker, der verordnete frühere Direktor des Preussischen Landesarchivs, hat durch seinen letzten Willen bei der Akademie der Wissenschaften eine Stiftung zur Förderung der klassischen Literaturwissenschaften errichtet.

Die sanktionswichtige Rheinlandkommission.

Ein Aufsat der Reichsregierung und der Staatsregierungen an die Beamten stellt fest, daß die Anordnungen der Rheinlandkommission zur Ausführung der französisch-belgischen Aktion Rechts- und Vertragsbrüche und daher nicht zu befolgen sind.

Sie schießen auf Bergleute!

Horsf (Ruhr), 19. Januar. (W.Z.) An der Eisenbahnbrücke Horsf, auf dem Wege nach Altendorf, wurden heute Abend beim Helmgange von der Schicht Bergleute von der Jache Robert von dort stehenden französischen Posten beschossen. Nach einem kurzen Kampf auf französisch feuerten die Posten sechs Schüsse ab. Ob jemand getroffen wurde, läßt sich noch nicht feststellen, da noch nicht alle Bergleute zurückgekehrt sind.

Beerdigung des Bochumer Opfers.

Bochum, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Unter riesiger Beteiligung aus allen Kreisen der Bochumer Bevölkerung fand heute nachmittags die Beerdigung des von den Franzosen erschossenen 17jährigen Schlosserlehrlings Josef Birme statt. In dem endlos langen Beisengange befanden sich die gesamten städtischen Körperschaften, Deputationen der verschiedenen Behörden und eine große Anzahl von Vereinen und Korporationen. Die gewaltige Trauerkundgebung gab Zeugnis von der großen Teilnahme der Einwohner an dem hiesigen Schicksal dieses auf so tragische Weise ums Leben gekommenen jungen Mannes und seiner schwergeprüften Eltern. Die Beisetzungsbehörde befürchtete anscheinend neue Unruhen. Sie hatte tags zuvor bei den Eltern anfragen lassen, ob die Beerdigung nicht nachts vorgenommen werden könnte. Da dies verneint wurde, hatte sie am Beerdigungsnachmittage die gesamten Besatzungstruppen aus dem Stadtteil Ehrenfels, in dem der Erschossene wohnte, zurückgezogen und den Truppen im Stadtkern äußerste Zurückhaltung anempfohlen.

Die Grünen und die Azurblauen.

Der Brüsseler „Peuple“ und der Pariser „Populaire“ veröffentlichen einen Bericht von F. Denis aus dem Ruhrrevier, worin unter merkwürdiger Verkennung der in der Bevölkerung herrschenden Stimmung behauptet wird, die grüne Polizei werde im neubefreiten Gebiet mehr gehaßt und gefürchtet als die Besatzungstruppen. Dazu schreibt uns der Landtagsabgeordnete und Vorstandsmittglied des Bergarbeiterverbandes Genosse Limberg-Essen:

„Diese Information ist völlig falsch. Schon im Rapp-Buch stand die Essener Schutzpolizei treu zur republikanischen Regierung, ein großer Teil der Beamten ist in der sozialdemokratischen Partei organisiert und das Verhältnis der Polizei zum Publikum ist im Laufe der Zeit immer besser geworden.“

Wir wären den genannten Blättern dankbar, wenn sie von dieser Feststellung Kenntnis nehmen wollten.

Gefängnis für Nichtgrünen!

Essen, 19. Januar. (W.Z.) Vom Polizeipräsidenten sind bei der 47. französischen Division Schritte zur Freilassung des gestern gefangen genommenen Schutzpolizisten unternommen worden. Die Division hat heute mitgeteilt, daß der Beamte zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt worden ist, weil er sich gewelgelt hat, einen französischen Offizier zu grühen. Jede weitere Auskunft ist abgelehnt worden.

Essen, 19. Januar. (II.) Frh Thossen war heute morgen auf Einladung des französischen Generals in dessen Hauptquartier in Bredeley erschienen. Der General erklärte ihm, nachdem er ihm wiederum Kohlenlieferungen befohlen hatte, daß er ihn verhaften könne, jedoch davon vorläufig Abstand nehme. Thossen bleibt bei seiner Weigerung.

Düsseldorf, 19. Januar. (II.) Französische Truppen haben heute nachmittags das Verwaltungsgebäude der Bergischen Kohlenhandelsgesellschaft besetzt, wo sie einen Teil der Bücher beschlagnahmten.

Kulturelle Notgemeinschaft.

Am 14. Januar, dem Trauertage der Deutschen, hat eine Tagung deutscher Buchhändler auf Burg Lauenstein den Beschluß zur Gründung einer Organisation „Kulturelle Notgemeinschaft“ gefaßt, die von dem Gedanken ausgeht, daß es höchste Zeit ist, das „das anständige Deutschland“ wieder in Erscheinung tritt, daß dem „Schieberium“ der „Opferkammer“ entgegengetreten wird. Es leiden heute in Deutschland alle geistigen Kreise materiell Not, am schlimmsten geht es aber den älteren Angehörigen der freien künstlerischen Berufe, jenen, denen es nur auf harte Entfaltung ankam, und die nun keine Möglichkeit des Verdienens mehr haben. Diesen zu helfen, und zwar nicht durch gelegentliche und zufällige Almosen, ist der Zweck der neuen Organisation.

Die Buchhändler sandten an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm:

„Die auf Burg Lauenstein versammelten Buchhändler Deutschlands begrüßen Sie und erlauben sich, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß hier (leben) unter Führung des deutschen Buchhandels in Form von Patenschaft eine kulturelle Notgemeinschaft für notleidende ältere Künstler und Gelehrte nach Volkstammern gruppiert, gegründet wurde. Sie ist bereits für Thüringen im Verein mit Sachsen, Schlesten, Hanfsabte, Rüdten, Stuttgart und Essen in die Wege geleitet. Burg Lauenstein bei Proßjella. Am nationalen Trauertag der Deutschen. A. U.: Eugen Diederichs.“

Als Antwort ging folgende Depesche des Reichspräsidenten ein:

„Herzlichen Dank für Ihre freundliche Mitteilung; mit aufrichtiger Freude und Anerkennung begrüße ich es, daß in diesen schweren Tagen der deutsche Buchhandel tatkräftig und opferbereit dieses schöne Hilfswerk unternommen hat, das die hart kämpfenden älteren Künstler und Gelehrten unterstützen und dazu beitragen will, uns das hohe Gut unserer deutschen Kultur zu erhalten.“

Reichspräsident Ebert.

So hat sich als erstes Beispiel Thüringen als „Kulturelle Notgemeinschaft“ konstituiert, und dem Thüringer Buchhandel ist die Thüringer Volkshochschule dabei zur Seite getreten. Beide Gruppen haben je eine Patenschaft übernommen und einen kulturellen Beirat hervorragender wissenschaftlich und künstlerisch interessierter Thüringer sich zur Seite gestellt. Es ist zu erwarten, daß diesem Vorbild andere bald nachfolgen werden.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat die Beschwerden des Deutschösterreichischen Schutz- und Trutzbundes gegen die Verbote bis auf die Bekämpfung der Ortsgruppe Leipzig gegen das dortige Verbot verworfen.

Das Wiener Krematorium ist nun im Betrieb. Ein nochmaliges Verbot des christlichsozialen Sozialministeriums hatte der Bürgermeister, Genosse Reumann, wiederum als gesetzwidrig abgewiesen und in Anwesenheit der obersten Gemeindebeamten hat die erste Leichenverbrennung stattgefunden — die einer altkatholischen Frau.

Die preussische Städteordnung.

In der fortgesetzten Beratung der Städte- und Landgemeindeförderung im Landtag bezweifelt Abg. Dr. Leibig (D. Sp.), daß im jetzigen Zeitpunkt die Änderung der Gemeindeverfassung sogar die Revolution überdauert und die neue Vorlage bringe keine grundlegenden Änderungen. Da die Berücksichtigung der neuen Gelehe noch längere Zeit in Anspruch nehmen werde, dürfe der Zeitpunkt der kommenden Neuwahlen nicht mit dem Schicksal der Vorlagen verbunden werden.

Abg. Kay (Komm.) erklärt, die jetzige Vorlage sei keine Reform, sondern eine Zusammenfassung staatlicher Maßnahmen zur Verhinderung der Durchsetzung der proletarischen Bevölkerung in den Gemeinden.

Abg. Dr. Preuß (Dem.): Wenn die inneren und äußeren Verhältnisse es nicht gestatten, die ganze Reform vorzunehmen, so sollte man sie vertagen und nicht Stückwerk schaffen. Der große Umschwung der Gegenwart verlangt ein großzügiges Vorgehen, denn der Zusammenhang aller dieser Verwaltungsfragen ist einfach untrennbar. Reich, Staat, Provinz, Kreis und Gemeinden brauchen Finanzen; das macht einen einheitlichen Organisationsplan aller dieser Institutionen zur Notwendigkeit. Keine Frage, auch nicht die der Landbürgermeistererei, ist ohne die gleichzeitige Ordnung der gesamten Staatsverwaltung zu lösen. Kann und will man jetzt an diesen Wert der preussischen Verwaltungsreform nicht herangehen, so soll man ihm auch nicht in der stückweisen Erledigung den Weg verlegen, wie es in der Städteordnung geschieht. Ich habe sehr starke Bedenken gegen die betreffenden Vorschläge, die doch sehr viel mehr an den Obriktellensaat als an die Demokratie erinnern. Wir müssen die Stärke des Aufbaues der Demokratie in der Selbstverwaltung sehen. Wählt sich die volle demokratische Selbstverwaltung jetzt nicht durchzuführen, so soll man die Lösung auf günstigere Zeit verschieben. Das gilt von der Staatsaufsicht, von dem Besatzungsrecht und der staatlichen Polizeiherrschaft. Die Verabschiedung des Entwurfs sollte nicht übereilt werden. Die Neuwahlen der Kommunalvertretungen können auch durch ein Notgesetz für das Frühjahr angeordnet werden.

Abg. Hag-Kön (Soz.): Die Entwürfe, die uns vorliegen, gehen dem Kampf gegen das Alte aus dem Wege. Wir können beobachten, daß je weiter wir uns vom November 1918 entfernt haben, auch diese Entwürfe sich von dem Geist der Revolution entfernt haben. Das einzige, was den Entwürfen revolutionär ist, ist das Wahlrecht. Es ist merkwürdig, daß die einzige Einschränkung, die die Reichsverfassung für das kommunale Wahlrecht zuläßt, sich in den Entwürfen findet. Man hat die Empfindung, daß, wenn die Revolution nicht das freie und das gleiche Wahlrecht gebracht hätte, diese Entwürfe dieses Wahlrecht sicherlich nicht gekradt haben würden. Die Einschränkung des kommunalen Wahlrechtes durch die Bindung an eine Organisationsfrist von sechs Monaten kann von uns nicht zugelassen werden; denn die trifft gerade die Arbeiter, und unter diesen besonders die Saisonarbeiter. Der Einwand, daß der kommunale Wähler sich an dem Wahort doch auch etwas umsehen müsse, ist nichts weiter als eine bloße Redensart. Richtig sind werden bei den Gemeinbewohnern nicht Hinz und Kunz, sondern die politischen Parteien auftreten. Ebenso wie gegen die Einschränkung des Wahlrechtes sind wir gegen die Einführung irgendeiner Wahlgeometrie. Wir wollen, daß die Meinung des Volkes unerschützt zum Ausdruck kommt und sind deshalb gegen Bezirkswahlen und Bezugsstellen.

Beim Kampf um die Verfassungsart: Bürgermeisterverfassung oder Magistratsverfassung wenden wir uns gegen alles, was die Rechte des eigentlichen Volksparlaments einschränkt. Wir sehen, daß überall dort, wo ein zweites Parlament vorhanden ist, der Wille des Volkes verflüchtigt wird. Soll das Volk politisch erzogen werden, dann muß es Rechte und Pflichten haben. Nur dann, wenn alle Macht und alle Verantwortung bei den Stichtverordneten liegt, werden auch die Anträge und die Arbeiten des Stadiparlaments gut und mit Ueberlegung eingebracht und erledigt werden. Das Ein-Kammer-System wird am besten bei der Bürgermeisterverfassung zur Geltung kommen. Damit sind wir jedoch noch lange nicht mit allem einverstanden, was der Entwurf der Bürgermeisterverfassung ausgepaßt hat. Es muß aber die Möglichkeit geschaffen werden, daß von den Kommunisten bis in die bürgerlichen Reihen hinein die Anhänger des Ein-Kammer-Systems beim Kampf um die Bürgermeisterverfassung sich durchsetzen. Wir wenden uns ferner gegen die viel zu lange Wahlzeit des Bürgermeisters. Zwölf Jahre ist zu lange. Das Recht auf Wahl von Beamten muß ausgedehnt werden. Schließlich wenden wir uns dagegen, daß den Juristen bei der Besetzung der Bürgermeisterposten eine Art Monopol geschaffen wird. Die Befähigung für die Verwaltung einer Gemeinde hängt nicht ab von der Juristerei. Wir sind ferner dafür, daß auch die kleinsten Dörfer in der Verwaltung und in der Verfassung so behandelt werden, daß die Möglichkeit der Gemeinschaftsarbeit besteht. Die kleinsten kommunalen Gebilde müssen zu größeren Gruppen zusammengefaßt werden. Daß die Gutsbesitzer in diesem Punkt unserer Forderung entgegenstehen, wundert uns nicht.

Herr Kay von den Kommunisten meinte, wir hätten Angst vor Neuwahlen und wir seien deshalb auch für eine sechs-jährige Wahlperiode. Nichts davon stimmt. Das alles ist ebenso falsch wie die Behauptung der Kommunisten, die Sozialdemokratie bede Schmiergelber von der Regierung zur Führung ihrer Wahlkämpfe bezogen. Nur ein Kommunist kann sich diese Verdächtigung leisten und auf diesen Gedanken kommen, weil gerade die Kommunistische Partei es ist, die von Schmiergeldern lebt. Wir haben keine Angst vor den Wahlen. Thüringen und Sachsen haben gezeigt, daß die kommunistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Und wenn da und dort auf der rechten Seite die Bäume etwas stärker gewachsen sind, so tragen die Kommunisten schuld daran durch ihre Verpöhrungsarbeit im Proletariat. (Beifall bei den Soz.)

Nachdem dann die bürgerlichen Redner der zweiten Garnitur hauptsächlich über die Landgemeindeförderung und das Bürgermeistereigehalt gesprochen hatten, verlas sich das Haus auf Sonnabend, 11 Uhr. Weiterberatung.

Schluß nach 5 Uhr.

Der neue Reichshaushalt.

621 Milliarden Defizit. Ueberhoite Biffen.

Dem Reichstag ist heute der Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1923 zugegangen. Er schließt mit einem Gesamtschuldenposten von 621 961 944 000 M. ab.

Der ordentliche Haushalt der Allgemeinen Reichsverwaltung gleicht sich in Einnahmen und Ausgaben mit 731 955 751 000 M. aus. Der außerordentliche Haushalt schließt in den Ausgaben mit 84 597 763 000 M. ab. Dem stehen Einnahmen in Höhe von 18 770 637 000 M. gegenüber. Es bleibt also für die Allgemeine Reichsverwaltung ein Anleihebedarf von 65 821 126 000 M. Von den Betriebsverwaltungen erfordert die Post einen Zuschuß von 165 101 328 000 M. Die Reichsdruckerei schließt mit einem Ueberfluß von 14 284 000 M. ab. Der ordentliche Haushalt der Reichsbank balanziert mit 1 461 286 000 000 M. Im außerordentlichen Etat erfordert die Reichsbank einen Zuschuß von 284 225 557 000 000 M. Der Etat der Betriebsverwaltungen schließt also mit einem Zuschuß und Anleihebedarf von 449 327 915 000 M. Zur Ausführung des Friedensvertrages besteht nach Abzug der Einnahmen aus der Zwangsanleihe die mit 92 650 000 000 M. veranschlagt werden, ein Anleihebedarf von 106 812 903 000 M.

Das Gesetz ermächtigt den Reichsfinanzminister a) den Gesamtschuldenposten von 621 961 944 000 M. im Wege der Anleihe flüssig zu machen, b) zur vorübergehenden Verdrückung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichsbank nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 500 Milliarden Mark hinaus, Schatzanweisungen auszugeben, c) zur Befriedigung unabweisbarer durch die Nach-

wirkungen des Krieges hervorgerufener Bedürfnisse nötigenfalls Garantien zu übernehmen, d) bei Zahlungen für das Reich, die vor der gesetzlichen oder vertraglichen Fälligkeit erfolgen, einen angemessenen Abzug zu gewähren.

Wertbeständige Anleihen vorgezogen!

Die zur Ausgabe gelangenden Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen und Reichswchsel sowie die etwa zugehörigen Zins-scheine können sämtlich oder teilweise auf ausländische oder auch nach einem bestimmten Wertverhältnis gleichzeitig auf in- und ausländische Währungen oder auf den in Mark zahlbaren Gegenwert einer ausländischen Währung sowie im Ausland zahlbar gestellt werden.

Wirtschaft

Keine freie Wirtschaft für Kohlen.

Amlich wird folgende Mitteilung verbreitet: Die im Zusammenhang mit der Verlegung des rheinisch-westfälischen Kohlen-syndikats von diesem gefaßten Beschlüsse sind von manchen Stellen so aufgefaßt worden, als ob nunmehr für Kohlen die freie Wirtschaft eingeführt sei. Demgegenüber wird von dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung, dem Reichskohlenrat und dem Reichskohlenverband erklärt, daß in jeder Beziehung, insbesondere hinsichtlich der Verteilungsbefugnisse des Reichskommissars, der Aus- und Einfuhr und der Preisfestlegung durch die gemeinwirtschaftlichen Organe die bisherigen Bestimmungen in Kraft bleiben. An der im Kohlenwirtschaftsgesetz vorgesehenen Gemeinwirtschaft wird also nichts geändert. Unter der Geltung dieser Bestimmungen kann ein syndikatsloser Zustand nicht eintreten und können auch durch Abschluß von Lieferungsverträgen für die Zeit nach Ablauf des jetzt geltenden Syndikatsvertrages (31. März 1923) keinerlei Mengen der Gemeinwirtschaft entzogen werden.

Erhöhung des Reichsbankdiskonts.

Die starken Kreditanforderungen, die an die Reichsbank, insbesondere vom Privatkapital gestellt wurden, nötigten jetzt die Reichsbank, ihren amtlichen Zinssatz für Leihgeld von 10 auf 12 Proz. zu erhöhen, der Lombardzinssatz wurde gleichzeitig von 11 auf 13 Proz. heraufgesetzt. Deutschland ist jetzt das Land des höchsten Zinssatzes. Seit dem Kriege, während dessen der Staatsbankdiskont auf 5 Proz. gehalten wurde, begann man erst Ende Juli v. J. der wachsenden Geldknappheit durch Verteuerung des Kredites zu begegnen. Seit damals entwickelte sich der amtliche Zinssatz folgendermaßen:

1922	28. Juli	6 Proz.	1922	18. November	10 Proz.
	28. August	7		23. 18. Januar	12
	21. September	8			

Eine Angleichung der amtlichen Zinssätze an die im freien Verkehr üblichen ist damit noch nicht erfolgt. Die bei den Banken erhältlichen Kredite sind wesentlich teurer. Die Reichsbank selbst sieht in ihren Diskonterhöhungen nur ein Warnungssignal, um ihre Kreditnehmer zu mahnen, die Ansprüche einzuschränken.

Holzabgabe zur Förderung der Einfuhr. Der Unterausschuß für Holz- und Forstwirtschaft des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beriet über die Lage der Holzwirtschaft in Verbindung mit einem Antrag Larnow, betreffend Entwurf eines Gesetzes über eine Holzabgabe zur Förderung der Einfuhr. — Der Antrag schlägt die Erhebung einer Abgabe von 40 Proz. des Verkaufspreises bei allen erstmaligen Verkäufen von inländischem Rundholz durch das Reich vor. Auch Waldbesitz, aus dem in der Abgabeperiode ein Einschlag in dem normalen Umfang nicht stattgefunden hat, soll zur Entrichtung der Abgabe herangezogen werden. Die eingehenden Beträge auf Grund dieser Abgabe sollen ausschließlich der Förderung und Verbilligung der Holzeinfuhr dienen. Der Ausschuß stimmte grundsätzlich der Erhebung einer Abgabe beim Verkauf von Rundholz zur Förderung und Verbilligung der Einfuhr mit 6:4 bei 2 Stimmenthaltungen zu. In einer der nächsten Sitzungen sollen Sachverständige des Holzhandels gehört werden und sobald soll der Vorschlag im einzelnen zur Beratung gestellt werden.

Frachtermäßigung für Kartoffeln und Stickstoffdünger. Dieser Tage tritt eine weitere Herabsetzung der Frachten für frische Kartoffeln ein. Jetzt werden für Wagenladungen, wenn die Kartoffeln zur Volksernährung bestimmt sind, vier Zehntel, künftig nur zwei Zehntel der regelrechten Fracht erhoben. Bei Frachtladung wird jetzt nur das halbe Gewicht, künftig nur $\frac{1}{4}$ zur Fracht herangezogen. Der neue Frachtmachsch beträgt also in beiden Fällen 50 Proz. Weiter wird ein Frachtmachsch für stickstoffhaltige Düngemittel von 10 Proz. und für Superphosphat von 20 Proz. neu eingeführt. Die bisherige Frachtermäßigung von 20 Proz. für Düngelast und Düngemergel wird auf 30 Proz. für Düngelast und 40 Proz. für Düngemergel erhöht, ebenso die für rohe Raffinade und Erzeugnisse aus Raffinade, soweit sie der Lokalfabrikation angehören, von zurzeit 15 Proz. auf 30 Proz.

Zunahme des deutschen Tabakanbaues. Der während des Krieges durch die Blockade und später durch die Valutaentwertung stark begünstigte Anbau von Tabak in Deutschland weist im letzten Jahre eine weitere Zunahme auf. Nach der vorläufigen amtlichen Statistik betrug im letzten Jahre der Tabakanbau im Deutschen Reich 11 488,5 Hektar gegen 10 201,6 Hektar im Vorjahre, steig also um 1 286,9 Hektar. Allein 1001 Hektar der Zunahme entfielen auf den Finanzministeriumsbezirk Korsruhe mit 5017,5 Hektar bepflanzer Fläche. Die Zahl der Tabakpflanzen betrug 233 784, die Zahl der beplanteten Grundstücke 269 443, davon 160 511 von nicht mehr als 2 Hektar Fläche.

Der Neubeginn der englischen Schiffsbauindustrie deutet auf einen, wenn auch langsamen, Umschwung der Konjunktur hin. Im letzten Quartal 1922 sind wieder über eine Viertelmillion Tonnen vom Stapel gelassen worden, während es im zweiten und dritten Quartal zusammen kaum 100 000 Tonnen waren. Was noch wichtiger ist: es ist im letzten Quartal mit dem Bau von $\frac{1}{4}$ Millionen Tonnen begonnen worden. Im ganzen Jahre 1922 wurden eine Million Tonnen vom Stapel gelassen, wovon aber nur 400 000 im Laufe des Jahres gebaut wurden.

Die Syndizierung der russischen Metallindustrie. Nachdem bereits seit einiger Zeit die gesamte Metallindustrie des Ural zum Syndikat „Uralmet“, diejenige Sibiriens zum Syndikat „Jugostal“ (Sibstahl) zusammengelassen worden war, wird jetzt aus der Petersburger Metallindustrie und den Betrieben des zentralen Gebietes ein neues drittes Syndikat gebildet, dessen provisorisches Bureau sich bereits konstituiert hat. Zu diesem Syndikat gehören u. a. die Vereinigten Staatlichen Metallwerke („Gomsa“), der Moskauer und Petersburger Maschinenbauwerk und sonstige große Werke. Mit der Bildung des neuen Syndikats wird die Syndizierung der Metallindustrie des europäischen Russlands abgeschlossen sein; die drei bestehenden Syndikate sollen demnächst ein besonderes Organ bilden, das ihre Tätigkeit koordinieren und den gegenseitigen Wettbewerb ausschalten soll.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Devisenkurse nachzutragen: 100 österr. Kronen 26,08 Geld, 26,22 Brief; 1 tschechische Krone 842,64 Geld, 845,36 Brief; 1 ungarische Krone 7,08 Geld, 7,12 Brief; 1 bulgarische Lira 109,72 Geld, 110,28 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 119,70 Geld und 120,30 Brief. 100 polnische Mark galten im freien Verkehr 80 bis 84 Mark.

Gewerkschaftsbewegung

Annäherung zwischen Moskau und Amsterdam?

Der Vorsitzende der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, Robert Williams, berichtete in deren „Mitteilungsblatt“ über den Weltfriedenskongress im Haag. Er will dabei die besondere Aufmerksamkeit auf jenen Teil der Haag-Resolution lenken, in welchem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, daß die Minoritäten, die sich von ihrer Gewerkschaftszentrale, von ihren Brüdern oder einem internationalen Sekretariat losgelöst haben, wieder versuchen müssen, die Einheit von ehemals oder, um in den Worten unserer russischen Freunde zu sprechen, die „Einheitsfront“ wiederherzustellen. Es fanden zwischen den Russen und uns unverbindliche Besprechungen über die Möglichkeit des Anschlusses der russischen Seeleute, Transportarbeiter und Eisenbahner an die Internationale Transportarbeiter-Föderation statt. In diesem Zusammenhang wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß, falls die Russen sich der Transportarbeiter-Föderation, irgendeinem anderen Sekretariat oder dem Internationalen Gewerkschaftsbund anzuschließen wünschen, ihr Beitrittsgehalt nur unter der Bedingung angenommen werden kann, daß sie ihre schädlichen Bestrebungen nach Bildung rivalisierender, auf gegenseitige Vernichtung ausgehender Organisationen aufgeben. Ich selbst bin befriedigt darüber, daß die Realisten unter den russischen Freunden nun eingesehen haben, daß sie ihren Platz in der Internationalen einnehmen müssen.

Wenn ich mir alles vergegenwärtige, was vorgefallen ist, so habe ich vertrauensvoll einer Annäherung entgegen, und zwar zunächst einmal zwischen den russischen Gewerkschaften und denjenigen Westeuropas. Angesichts der von der Sowjetregierung eingeleiteten neuen Wirtschaftspolitik müssen die Gewerkschaften von der Leitung des Staates und der kommunistischen Partei befreit werden. Ist dies geschehen, so wird es in ihrem Interesse als Arbeiter sein, sich mit ihren Kameraden der westeuropäischen Länder zu vereinigen.

Die Erwartung des Genossen Williams führt sich also auf die Voraussetzung, daß die Gewerkschaften in Rußland von der Leitung der kommunistischen Partei befreit werden. Unter dieser Voraussetzung, die wir jedoch leider in absehbarer Zeit nicht als Tatsache erwarten können, würde auch rational und auch in Deutschland eine Annäherung möglich sein. Mit den kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern würden sich die Gewerkschaften ziemlich sicher und leicht verständigen. Diese Gewerkschaftsmitglieder sind jedoch Mitglieder der kommunistischen Partei. Sie stehen unter deren Kontrolle insbesondere als Gewerkschaftsmitglieder und sind mit dem Ausschluß aus ihrer Partei bedroht, falls sie in den Gewerkschaften keine „praktische Arbeit“ im kommunistischen Parteilande leisten. Die kommunistische Partei in Deutschland ist wiederum an die Beschlüsse und Direktiven von Moskau gebunden, womit nicht gesagt sein soll, daß die Moskauer Zentrale mit allen übereifrigen gesinnungstüchtigen „Aktionen“ ihrer Filiale in Deutschland einverstanden ist.

Wohl zählt der größte Teil der ADGB-Mitglieder zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei. Allein es besteht zwischen der Partei und dem ADGB keine äußere Bindung; die Gewerkschaftsmitglieder sind lediglich an die Beschlüsse ihrer Verbandstage gebunden. Wenn dennoch zwischen Partei und Gewerkschaften in Deutschland durchweg Übereinstimmung herrscht, so beruht sie im allgemeinen auf der gleichen Weltanschauung, den gleichen Interessen und in besonderen Fällen auf gegenseitiger Verständigung.

Eine Verständigung mit den kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern wäre bei uns in absehbarer Zeit nur möglich auf dem Wege einer Verständigung mit der kommunistischen Partei. Wie es aber damit steht, geht aus dem Antwortschreiben der Betriebsrätezentrale beim ADGB an den kommunistischen Reichsausschuß der Betriebsräte auf dessen Einladung zu dem Betriebsrätekongress im November vergangenen Jahres hervor, worin es heißt:

„Nach den vielen bösen Erfahrungen der letzten Jahre, nach den wiederholten vergeblichen Versuchen der Bundesleitung, mit der kommunistischen Partei in ein vertragliches Verhältnis zu kommen, haben wir leider nicht die Hoffnung, daß Sie unseren vorstehenden Darlegungen jetzt schon zustimmen werden.“

Es wird und muß einmal die Zeit kommen, wo der Gegensatz Moskau-Amsterdam entweder behoben oder aber vollständig gegenstandslos geworden ist. Bevor jedoch die russischen Gewerkschaften von der Notwendigkeit der Sowjetregierung und der Hingabe der bolschewistischen Partei befreit sind, bis die russischen Gewerkschaften sich eines solchen Maßes der Bewegungsfreiheit erfreuen wie die deutschen Gewerkschaften, wird noch geraume Zeit vergehen. Inzwischen aber treibt die kommunistische Partei in Deutschland im Rahmen ihrer Desperado-Politik das verderbliche Spiel mit der „Einheitsfront“ gegen die Einheitsfront der deutschen Gewerkschaften weiter. Offenbar so lange, bis der heute noch mit ihr sympathisierende Teil der deutschen Arbeiterschaft durch Schaden klug geworden, die „kommunistische“ Gemeinschaft aufgegeben hat und ein anderer unabhängbarer Teil noch mehr verwirrt, wieder ins Lager der Indifferenten und der Selben zurückkehrt, aus dem er gekommen ist.

Inzwischen müssen wir uns mit dem gegenwärtigen, ebenso unheilvollen wie schädlichen Zustande in der Gewerkschaftsbewegung

abzufinden suchen durch nachhaltige unermüdete Aufklärungsarbeit. Jede Möglichkeit, die sich bietet, die unhaltbare Zwischenstadium abzukürzen, muß gesucht werden. Und solange wir die Zersplitterung bekämpfen müssen, müssen wir wohl oder übel auch die Zersplitterer bekämpfen, d. h. uns ihrer Anschläge auf die Einheitsfront der Gewerkschaften mit aller Macht erwehren. Zu einer Verständigung aber, die der Existenz und den Aufgaben der Gewerkschaften gerecht wird, sind diese jederzeit bereit.

Kein Metallarbeiterstreik!

Der Vergleichsvorschlag angenommen.

Eine Versammlung aller Funktionäre aus den Betrieben, die dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossen sind, nahm gestern Abend in der Bodendruckerei Stellung zu dem Vergleichsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums, der auf die durch Schiedsspruch festgesetzte Lohnhöhung von 15 Proz. für die erste Jahreshälfte, weitere 3 1/2 Proz. bis zum 28. Januar vorzieht. Die sich hieraus ergebenden Löhne sind bereits in der gestrigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht worden.

Ueber die Vorgänge während der dreitägigen Verhandlung im Reichsarbeitsministerium und das Ergebnis wurde von Ulrich eingehend berichtet. Die vorgeschlagenen Löhne sollen ab 15. bis 28. Januar gelten. Die Vertreter der Arbeiterchaft wandten sich besonders gegen die vorgeschlagene Erweiterung der Differenz zwischen den Klassen von 2 1/2 auf 3 Proz. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten jedoch, von dieser Spannung nicht abgehen zu können, denn die Leistung der qualifizierten Arbeiter müsse besser bewertet werden. Früher sei die Spannung weit größer gewesen. Auf die Akkordarbeiten soll nach dem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums ab 15. Januar ein entsprechender prozentualer Zuschlag gewährt werden. Die sozialen Zulagen sollen auf 12 M. für die Frau und 28 M. für jedes Kind erhöht werden. Ulrich bemerkte am Schluß seines Berichts, daß es langer Zeit bedurft habe, bis das Metallkartell sich über Annahme oder Ablehnung entscheiden konnte. Angesichts der gegenwärtigen Situation, die einen klaren Ausblick nicht gestattet, sei das Kartell endlich zu dem Entschluß gekommen, das Angebot zur Annahme zu empfehlen.

In der sehr langwierigen Aussprache traten mehrere Redner entschieden für Ablehnung ein, während andere die Annahme befürworteten. Auch Strauch, Vertreter des Transportarbeiterverbandes, erklärte, daß es dem Kartell schwer geworden sei, zu einem Entschluß zu kommen, der die Annahme empfehle. Die Spannung zwischen den Klassen sei von allen Vertretern der Organisationen scharf bekämpft worden.

Nach einem Schlußwort von Ulrich, in dem er für die Stärkung der Organisation und Erhaltung ihrer Kampffähigkeit energisch eintrat, wurde der Vergleichsvorschlag gegen eine starke Widerheit angenommen.

Der „Herr im Hotel“.

Ein aufgeregter Arbeitgeber ist der Besitzer des Hotels „Eckelbar“, Königsgraben Str. 112. Die Gesetze scheinen für ihn nicht zu bestehen, zumindestens sind nicht nur keine Reden, auch seine Handlungen derart, daß man sagen muß, er lege sich über die Gesetze hinweg. Unkenntnis kann bei dem Herrn nicht vorliegen, da er ja mehrere juristische Berater hat. Insbesondere um die Demobilisierungsverordnungen und unbelämmert um das Betriebsrätegesetz glaubt dieser Hotelbesitzer nicht allein ohne weiteres 32 Angestellte, sondern auch den Betriebsrat kurzerhand entlassen zu können. Bei der Entlassung des Betriebsrates stützte sich dieser Herr auf einen anonymen Brief, den er erhalten haben will und in dem die Katarennachricht stand, daß der Betriebsrat u. a. beabsichtige, das Hotel in die Luft zu sprengen. Nicht mehr und nicht weniger. Lüge nicht eine flagranteste Gesetzwidrigkeit vor, so würden wir den Fall nur pathologisch behandeln.

Daß er nicht berechtigt ist, ohne Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen seine Angestellten und auch den Betriebsrat zu entlassen, darüber wird der Herr hoffentlich an zutreffender Stelle belehrt werden. Die Zeiten, wo man mit dem Hotelpersonal nach Belieben umspringen konnte, sind jedenfalls vorbei. Die Angestellten des Herrn „Geheimrat“ sind als Mitglieder des Verbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten nicht geneigt, auf die Provokationen ihres Arbeitgebers hereinzufallen oder sich von ihnen einschüchtern zu lassen.

Musikinstrumentenmacher!

Die Musikinstrumentenarbeiter im Holzarbeiterverband sollen jetzt zur Wahl des Generalsammlungsdelegierten Stellung nehmen. Von sehr war es Grundlag, zu diesem Vertrauensposten die zuverlässigsten Kollegen zu wählen. Weit größere Verantwortung ist aber heute jedem Generalsammlungsdelegierten zugewiesen; trägt doch jeder mit dazu bei, daß die Gewerkschaft ihren bedeutungsvollen Aufgaben gerecht werden kann. Vergeltens war bisher der Versuch, die Berliner Verwaltung nach den Grundrissen der Moskauer Richtung zu leiten. Die emsige Tätigkeit, die die Moskauer Richtung in diesem Jahre zur Erreichung ihres Zieles entfaltet, verpflichtet jeden Kollegen der Richtung in Amsterdam, für seine Ueberzeugung einzutreten, sich dafür einzusetzen, sich in ihrem Sinne zu betätigen.

Die erste Gelegenheit für die Generalsammlungsdelegierten der Branche der Musikinstrumentenarbeiter, ihrer Ueberzeugung gemäß zu handeln, ist heute, Sonnabend, gegeben. Die neu-

aufgestellten Delegierten treffen sich heute Abend 7 Uhr im „Reichenberger Hof“, mit ihren Parteimitgliedsbüchern versehen, um zu den vorliegenden wichtigen Fragen Stellung zu nehmen.

Der Achtstundentag bei den italienischen Eisenbahnen.

Der neue Minister für öffentliche Arbeiten will die Verluste der Eisenbahnverwaltung herabsetzen. Diese sollen sich im letzten Jahre auf über 1,2 Milliarden Lire belaufen. Der Vorsitzende des Verbandes der Eisenbahningenieur, der diese Berechnung aufstellte, führt den Verlust hauptsächlich auf Lohnausgaben zurück. Das Eisenbahnpersonal sei gegenüber der Vorkriegszeit um 40 Proz. gestiegen, der Verkehr aber um 10 Proz. zurückgegangen. Allein die Durchführung des Achtstundentages habe die Einstellung von 50 000 Arbeitern erfordert. Der Minister erklärt dazu, daß die neuerdings durchgeführte volle Ausnutzung der achtstündigen Arbeitszeit an Stelle der bisherigen achtstündigen Anwesenheit zu einer erheblichen Ersparnis geführt habe. Es sei auch beabsichtigt, den strikten Achtstundentag nicht beizubehalten für solche Personen, deren Tätigkeit nur eine überwachende ist. Auch sei beabsichtigt, die Reparaturwerkstätten in Zukunft von privaten Firmen betreiben zu lassen.

Für die Handelsarbeiter im Einzelhandel konnte eine Verständigung über die Januarlöhne mit der Einzelhandelsgemeinschaft noch nicht erfolgen. Die Arbeiter erhalten heute noch Wochenlöhne von 9000 bis 10 000 M. Inzwischen ist der Dollar auf über 20 000 gestiegen und die Preise haben einen katastrophalen Aufschwung erfahren. Der Demobilisierungskommissar hat beide Parteien zu einer nochmaligen Verhandlung zu heute vormittag 9 Uhr geladen. Von dieser Verhandlung wird es abhängen, welche Stellung die Funktionäre heute Abend in ihrer Versammlung einnehmen werden.

Die Januarlöhne im Fuhrergewerbe sind nach schwierigen Verhandlungen zwischen der Fuhrergemeinnutz und dem Deutschen Verkehrsverband (Transportarbeiterverband) am 16. Januar vor dem Demobilisierungskommissar für die Lastfuhrerwerkstätten geregelt worden. Abzüge des neuen Lohnkommens sind im Bureau, Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, vorn 2 Treppen, Zimmer 31, oder portier, Zimmer 3, erhältlich.

Der Kerzestreit in den Eisenbahn-Betriebskrankenkassen ist beigelegt. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Leipziger Metzerverbandes und der Spitzenvertretung der Eisenbahn-Betriebskrankenkassen im Reichsarbeitsministerium am 18. Januar endeten mit einem Vergleich, wonach die Kerze am 21. Januar nachts 12 Uhr ihre Tätigkeit als Kassenzentrale wieder aufnehmen.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin. Sonntag vormittag, zwischen 10 und 12 Uhr, findet in den bekannten Abstimmungstafeln über die Vereinbarung der beiderseitigen Tarifkommission eine Urabstimmung statt. Wir bitten, die Annonce in der Freitag-Morgenausgabe zu beachten. Der Vorstand.

Sattler-, Tapezierer- und Porzellanverband. Morgen, Sonntag, Besuch des Kaiser-Friedrich-Museums unter sachkundiger Führung für die Lehrlinge. Die Vertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge hierauf aufmerksam zu machen. Treffpunkt am Eingang des Museums um 9 1/2 Uhr.

Achtung, Kadelwert Siemens, Gartenstraße! Montag nachmittags 3 Uhr im Hof von Hofeld, Gartenstraße, große öffentliche Versammlung. „Das Proletariat und die nationale Einheitsfront“. Ref. Gen. Reike. Freie Aussprache. Die im Wert tätigen Genossen werden ersucht, für besten Besuch Sorge zu tragen. Die BVPD-Fraktion.

Achtung, Gemeinde- und Staatsarbeiter! Montag Abend 7 Uhr bei Schulz, Elbehofstr. 50, wichtige Versammlung aller Funktionäre und Generalsammlungsdelegierten der BVPD. Entscheidung zur bevorstehenden Generalsammlung. Erscheinen aller Beschäftigten ist Pflicht! Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: E. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Neud Singen u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Dircus 1 Verlag.

Bei

Grippe-Gefahr

schützen die fachärztlich empfohlenen

Panflavin-Pastillen

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

Erstklassige Herrenbekleidung

Anzüge, Paletots, Schlüpfer, prima Stoffe fertig und nach Maß :: Billige Preise MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

Dankagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlichste Teilnahme bei der Trauerfeier am 17. d. M. im Anatomischen Gerichtsgebäude für meinen geliebten Mann, Schutzmachermüller
Emil Theurich
NW 37, Wilsdorf Str. 9
sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Herrn Lehner vom Volksfeuerbestattungsverein und den Sängern meinen herzlichsten Dank.
22. Dec. **Berta Theurich**
geb. Treptow.

Möbel
billige Preise
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenz., Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Kostenl. Lagerung
Möbel - Cohn
Gr. Frankfurt Str. 56
1. Min. v. Alexanderplatz
Fil.: Badstr. 47/48
5. Min. v. Bahnh. Cohnstr.

Zur Aufklärung!



Es wurde in letzter Zeit häufig versucht, gestrickte Anzüge, die nicht von uns hergestellt waren, als „Bleyle's Knabenanzüge“ oder „Bleyle's Sweater“ zu verkaufen. Wir warnen vor dieser mißbräuchlichen Benützung unseres Namens und des guten Rufes unserer altbewährten Fabrikate. Das kaufende Publikum achte streng darauf, daß bei jedem einzelnen Stück der Name „Bleyle“ und nebenstehende Schutzmarke angebracht ist.

Nicht jeder gestrickte Anzug ist ein Bleyle-Anzug

Wilh. Bleyle, a. m. b. H., Stuttgart
Alleinige Herstellerin von Bleyle's Fabrikaten.

Die nächstgelegene Verkaufsstelle wird auf Wunsch durch die Fabrik mitgeteilt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin II 54, Luisenstraße 83/85, Geschäftszeit norm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr, Telefon: Amt Norden 833, 834, 835, 886.

Kesselschmiede (Stemmer)
Dienste, Sonnabend, den 20. Januar, abends 7 Uhr, im Hof von Schöke, Endower Straße 26.

Gruppenversammlung
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Kesselschmiede-Lehrlinge
Sonntag, den 21. Januar, vormittags 10 Uhr, im Hof von Schöke, Endower Straße 26.

Verammlung
a l l e r K e s s e l s c h m i e d e - L e h r l i n g e
Berlin.
Tagesordnung: 1. Vortrag: 2. Lehrlingsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller ist Pflicht - zu dieser Versammlung werden auch die Kommissionsmitglieder eingeladen.

Montag, den 22. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25.

Verammlung
der Gärtler, Kronenschloffer, Klempner und der in der Branche beschäftigten Kollegen.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Diskussion. 2. Renouveau des Brancheporzellers und der Kommission. 3. Branchenanglegenheiten. 4. Beschließenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
102/15
Die Ortsverwaltung.

Ungeheuer fertigen im Preis alle alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. Kleiner Katalog in „Vorwärts“ und „billig“

Der Bahnhof Friedrichstraße.

Sonntag Inbetriebnahme der fertigen Anlagen.

Nach vielen Jahren einer durch widrige Umstände aller Art verzögerten Bauperiode wird jetzt der Bahnhof Friedrichstraße am Sonntag früh dem Verkehr übergeben werden.

Dieser in seiner ursprünglichen Anlage vor Jahrzehnten bereits verfallene Bahnhof, dem eingeteilt zwischen Häusermassen und Straßen des lebhaftesten Verkehrs für eine architektonische Auswirkung nach keiner Seite hin Raum gelassen war, darf natürlich nicht als Monumentalbauwerk gewertet werden.

Allerdings fehlt im Augenblick noch ein wichtiger Teil der ganzen Bahnhofsanlage, nämlich die beiden großen eisernen Hallen, die der Front später das Gepräge geben werden.

Lehrerkollegium und Elternbeirat.

Aus der Berliner 235. Gemeindeschule in der Titlauer Straße erhalten wir vom Elternbeirat eine Zuschrift, die gegen das Lehrerkollegium, im besonderen gegen den Rektor Hahn, eine lange Reihe Beschwerden vorbringt.

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Roman "Der Mann mit dem Eisenkoffer" übersetzt von Julian Sumpster. "Warum gibt es nicht mehr Schokolade?" Die nervöse Stimme des Mannes, der in der Reihe hinter Fuselli gestanden hatte, schwoll plötzlich zu einem Kreischen.

an der 235. Gemeindeschule der Gegensatz zwischen dem Elternbeirat und dem Lehrerkollegium oder mindestens zwischen dem Elternbeirat und dem Rektor Hahn bis zu einer Schärfe sich entwickelt zu haben scheint, die im Interesse der Schule die schleunigste Abhilfe erfordert.

Mordprozess Reiser.

Damenbesuch in der Dämmerstunde.

Der Prozess gegen Frau Spanier und Genossen wegen der Ermordung des Teppichhändlers Reiser hat sich allmählich zu einem Trommelfeuer der heftigsten und erregtesten Angriffe für und wider die Angeklagten entwickelt.

Der neue Milchpreis 320 M.

Das Milchamt hat für die kommende Woche in Groß-Berlin den Milchpreis auf 320 M. pro Liter festgelegt.

Wieder eine Klage der AEG-Schnellbahn abgewiesen.

In ihrem Kampf gegen die Fortführung des Baues der Untergrundbahn Gesundbrunnen-Neukölln ist die AEG-Schnellbahngesellschaft, wie berichtet, auch in höchster Instanz vor dem Reichsgericht unterlegen.

lange genug die Fortsetzung des Baues verweigert hat, so daß wichtige Straßen seit Jahren in einem verkehrs-hindernden ständischen Zustand sind, verläßt sie jetzt, das den Bau fordernde Reichsgerichtsurteil sofort zu ihren Gunsten auszunutzen.

Die Deckung der Fünfmilliardenvorlage.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung wird sich in zweiter Lesung mit der Deckung der Fünfmilliardenvorlage beschäftigen müssen, die der Magistrat zur Aufrechterhaltung der städtischen Krankenhäuser und der Wohlfahrtspflege unterbreitet hat.

Dieser provisorische Vorschlag des Haushaltsausschusses ist das Ergebnis ziemlich langwieriger und zum Teil heftiger Beratungen. Besonders die Zustimmung zu einer Erhöhung der Gewerbesteuer war von den bürgerlichen Parteien nur nach äußerstem Widerstand zu erlangen.

„Das Essen aus Amerika schmeckt besser...“

Der Deutsche Zentralkomitee für die Zustandsbisse, Ausschuss der Kinderhilfe, hat in seinen Räumen in der Dorotheenstr. 2 eine kleine Ausstellung von Kinderzeichnungen veranstaltet.

Der Abschnitt 19 der 5-70-Zentner-Kohlenarten wird vom 20. Januar ab zur einfachen Versteuerung freigegeben.

Der Mann und sein Freund standen beiseite in der Nähe des Ofens und sprachen leise miteinander.

„Nimm dich zusammen, Keel.“ sagte der Freund. „Ist ja schon wieder in Ordnung, Tub. Dieser Boß brachte mich in Wut, das war alles.“

Fuselli sah ihn neugierig an. Er hatte ein gelbes Bergamantengesicht und eine hohe, dünne Stirn, die in spärlichem grauen, gekräuseltem Haar mündete.

„Oh, das ist ja der Mann, der die Hunnenhelme im Kino gesehen hat. Komm, Junge, wir wollen in der englischen Kantine zusammen ein Bier trinken.“

„Kann man da Bier bekommen?“

„Natürlich, drüben im englischen Lager.“

Sie gingen hinaus in den strömenden Regen... Es war fast dunkel, der Himmel hatte eine purpurrote Farbe, die ein wenig von den schrägen Flächen der Zelte und von den Dächern der Unterfunkhäuser, die in dem regnerischen Nebel in allen Richtungen untergingen, reflektiert wurde.

An einer Stelle starrte ihnen ein Zelt nah gegen den Körper, als sie stramme Haltung einnahmen und einen vorübergehenden Offizier grüßten, der lebhaft mit einem kleinen Stöckchen winkte.

„Wie lange bleibt man gewöhnlich in diesen Ruhelagern?“ fragte Fuselli.

„Kommt drauf an, was da draußen vorgeht.“ sagte Tub und zeigte mit unbestimmter Geste auf den Himmel über den Spitzen der Zelte.

„Du wirst hier schon früh genug wegkommen, hab keine Sorge, Junge.“ sagte der Mann mit der nervösen Stimme.

„Welcher Formation gehörst du an?“

„Sanitäter.“

„Sanitäter? So? Mit diesen Burtschen dauert es nicht lange hier, nicht wahr, Tub?“

„Ja.“

Irgend etwas in Fuselli protestierte: „Ich werde durchhalten. Ich werde doch durchhalten.“

„Ich will verflucht sein, wenn irgend jemand jemals auch nur einen Hofentknochen von ihnen wiederfindet.“ Er lachte sein kleines trübseliges Lachen. „Sie kiesen einer Mine in den Weg.“

Die „feuchte“ Kantine war voll Rauch. Sie war mit rot-gelblichen Leuten vollgestopft, die glänzende Messingknöpfe auf ihren Kathuniformen hatten, unter ihnen waren eine Menge schlanker Amerikaner.

„Tommies.“ sagte Fuselli zu sich selbst. Nachdem er sich eine Weile angestarrt hatte, bekam er seine Tasse mit schäumen-dem Bier zurück.

„Alle Achtung, Fuselli!“ Meadville klopfte ihn auf die Schultern. Du hast diese Flüssigkeit verdammt schnell ausfindig gemacht.“

Fuselli lachte. „Kann ich bei euch sitzen?“

„Natürlich. Komm nur her.“ sagte Meadville stolz. „Die hier waren an der Front.“

„So? fragte Fuselli.“

„Man sagt, die Hunnen schlagen eine ganz gute Faust.“

„Sagt mal, brauchst man seine Anarre viel, oder machen die großen Kanonen die Hauptarbeit?“

„Ne — — monatelang habe ich mit dieser verfluchten Anarre rumgeretzert müssen. Nicht ein einzigesmal habe ich das Dings gebraucht. Ich gehöre zur Handgranatenabteilung.“

Irgendeiner am anderen Ende des Zimmers hatte angefangen zu singen:

„Oh Madmeresse aus Armentich, Parleh wuh...“

Der Mann mit der nervösen Stimme fuhr zu sprechen fort, während der Gesang um sie zu einem Brüllen anwuchs. „Jede Nacht muß ich an die Helme dieser Hunnen denken. Ist euch auch schon mal aufgefallen, wie komisch diese Helme aussehen?“

„Doch doch die Helme, Junge.“ sagte sein Freund. „Du hast uns schon alles darüber erzählt.“

„Ich habe noch gar nicht erzählt, warum ich nicht ver-gessen kann...“

„Ein deutscher Offizier kam über den Rhein; Parleh wuh?“

Ein deutscher Offizier kam über den Rhein; Er liebte die Weiber und liebte den Wein; Parleh wuh...“

(Fortsetzung folgt.)

